



Plenarsaal Europarat © CoE

15. April 2025

Schwerpunkte der Frühlingsession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 2025

Vom 7. bis zum 11. April 2025 fand in Strassburg die zweite Teilsession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt. Diese Session war geprägt von Dringlichkeitsdebatten über Demokratie und Menschenrechte in der Türkei, den Krieg in der Ukraine, das geplante Übereinkommen des Europarates über den strafrechtlichen Umweltschutz und über die Lage in Georgien.

Themen

1. Schwerpunkte der Teilsession | 2
2. Wortmeldungen von Mitgliedern der Schweizer Delegation | 3
3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung | 4
4. Wahl von Richterinnen und Richtern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) | 5
5. Besondere Anlässe | 5

1. Schwerpunkte der Teilsession

Dringlichkeitsdebatten

In dieser Frühjahrssession fanden ungewöhnlicherweise gleich vier Dringlichkeitsdebatten statt. Die Versammlung debattierte über die Lage der Demokratie und der Menschenrechte in der Türkei, den Krieg in der Ukraine, das geplante Übereinkommen des Europarates über den Umweltschutz durch Strafrecht und über die Lage in Georgien.

Die [erste Dringlichkeitsdebatte](#) hatte die jüngste Festnahme des Istanbuler Bürgermeisters zum Thema, die zu zahlreichen friedlichen Demonstrationen in der Türkei führte, auf welche die Behörden mit ungerechtfertigten Festnahmen und Inhaftierungen von Demonstrantinnen und Demonstranten reagierten. Die PVER verurteilte die Reaktionen der türkischen Behörden aufs Schärfste und zeigte sich besorgt über die Lage. Sie erinnerte an ihre Resolutionen zur Türkei ([Resolution 2459 \[2022\]](#) und [Resolution 2518 \[2023\]](#)) und betonte, dass die Türkei als Europaratsmitglied verpflichtet ist, die demokratischen Werte zu achten und zu verteidigen. Sie verabschiedete eine weitere [Resolution \(2597 \[2025\]\)](#), in der festgehalten wird, dass die aktuelle Lage nicht den rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht, denen sich die Türkei mit ihrem Beitritt zum Europarat verpflichtet hat. Die Versammlung rief mit dieser Resolution ferner dazu auf, den Istanbuler Bürgermeister sofort freizulassen, die haltlosen Vorwürfe gegen ihn fallenzulassen und den Entscheid der Universität Istanbul betreffend die Annullierung seines Universitätsdiploms rückgängig zu machen.

Die zweite Dringlichkeitsdebatte befasste sich mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und insbesondere mit der Notwendigkeit, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und nicht straffrei davonkommen zu lassen. Die PVER hatte 2022 vorgeschlagen, einen [Sondergerichtshof](#) für die Ukraine einzurichten. Dieser Vorschlag, der von zahlreichen Regierungen unterstützt wird, steht derzeit nach wie vor im Raum. Im einschlägigen [Bericht](#) ruft die Versammlung den Generalsekretär des Europarates und die ukrainische Regierung auf, einen bilateralen Vertrag über die Einrichtung eines solchen Gerichtshofs zu schliessen, sobald die erforderlichen internen Prozesse abgeschlossen sind und insbesondere die Zustimmung des Ministerkomitees vorliegt. Die Versammlung verabschiedete anschliessend die [Resolution 2598](#), die an die [Résolution 2588 \(2025\)](#) aus der ersten Teilsession anknüpft und festhält, dass der Krieg gegen die Ukraine die Grundprinzipien des Völkerrechts verletzt und Russland dafür zur Rechenschaft gezogen werden muss.

Entgegen den sonstigen Gewohnheiten führte die Versammlung zwei zusätzliche Dringlichkeitsdebatten durch. Gegenstand der dritten Dringlichkeitsdebatte war der Entwurf eines neuen [Übereinkommens](#) des Europarates über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht. Ein entsprechendes Übereinkommen des Europarates existiert seit 1998, dieses findet jedoch keine Anwendung und eignet sich auch nicht zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Der [Entwurf](#) des neuen Übereinkommens sieht eine allgemeine Grundlage für ein gesamteuropäisches Umweltstrafrecht vor, die der grenzüberschreitenden Natur der Thematik gerecht wird. Die Versammlung zeigte sich bei den Beratungen besorgt über die Schwächung des Monitoringmechanismus und sprach sich für [Änderungen](#) aus. So verlangte sie zum Beispiel, den illegalen Holzabbau und die illegale Fischerei in den Anwendungsbereich aufzunehmen.

Die vierte Dringlichkeitsdebatte, in deren Mittelpunkt die Lage in Georgien und das Monitoring der [Resolution 2585](#) (2025) standen, bot der Versammlung Gelegenheit, sich mit dem Status der georgischen PVER-Delegation zu befassen. Die georgische Delegation hatte sich im Januar aus der Versammlung zurückgezogen, nachdem diese Vorbehalte gegenüber den Beglaubigungsschreiben der georgischen Delegation geäußert hatte. Trotz der Absicht, den Dialog zwischen den beiden Seiten aufrechtzuerhalten, ist festzuhalten, dass die Demokratie in Georgien noch weiter ins Wanken geraten ist und die Bedingungen der Versammlung nicht erfüllt wurden. Mit der Verabschiedung der [Resolution 2600](#) möchte die Versammlung die Gespräche und die Zusammenarbeit mit Georgien wiederaufnehmen.

Aktualitätsdebatten

Neben den vier Dringlichkeitsdebatten standen auch noch zwei Aktualitätsdebatten auf dem Programm der Versammlung. Diese befassten sich mit den Demonstrationen und Protesten auf dem Westbalkan und in Mitteleuropa sowie mit der Blockade der humanitären Hilfe für Gaza.

In der ersten Aktualitätsdebatte über die Demonstrationen und Proteste auf dem Westbalkan und in Mitteleuropa rief der Berichterstatter die Versammlung auf, sich für den Schutz friedlicher Demonstrationen und die Untersuchung behördlicher Verstösse gegen die Versammlungsfreiheit einzusetzen. Darüber hinaus debattierte die PVER über die Rolle der jungen Menschen bei den derzeitigen demokratischen und gesellschaftlichen Umwälzungen.

Im Mittelpunkt der zweiten Aktualitätsdebatte standen die Blockade der humanitären Hilfe und die Durchsetzung des Waffenstillstands im Gaza-Streifen. Eigentlich hätte dieses Thema Gegenstand einer Dringlichkeitsdebatte sein sollen, doch das Büro der PVER hatte eine Aktualitätsdebatte bevorzugt, da an deren Ende nicht abgestimmt wird. Nationalrat [Alfred Heer](#) (SVP, ZH) ergriff das Wort und verlangte, die Befreiung der Geiseln ins Zentrum der Debatte zu stellen. Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) (SP, JU) meldete sich ebenfalls zu Wort und sprach sich für eine Zweistaatenlösung und die Freilassung aller Geiseln aus.

2. Wortmeldungen von Mitgliedern der Schweizer Delegation

Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) (SP, FR) ergriff bei der Plenardebatte über den Bericht der Kommission für politische Angelegenheiten und Demokratie betreffend [die Resilienz der europäischen Staaten gegen demokratiegefährdende Einmischungen aus dem Ausland](#) das Wort. Sie rief dazu auf, ein klares Zeichen gegen Einmischungen von ausserhalb Europas zu setzen, da diese eine Gefahr für die europäischen Demokratien darstellten. Sie wies zudem darauf hin, dass im Bericht eigentlich auch die USA Erwähnung finden müssten. In ihren Augen verfügt Donald Trump seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 durch die Unterstützung von Elon Musk und die damit verbundene Kontrolle über die sozialen Netzwerke über nie dagewesene Möglichkeiten zur Einflussnahme und stellt damit eine neue Art der Bedrohung durch ausländische Einmischung dar.

Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) präsentierte in der Session einen [Bericht](#) der Kommission für Migration, Flüchtlinge und Vertriebene über die kollektive Ausweisung

von ausländischen Personen. In seiner Rolle als Berichterstatter unterstrich er die Bedeutung von gerechten und zweckmässigen Einzelfallprüfungen im Rahmen der migrationsrechtlichen Verfahren sowie die Notwendigkeit, die europäischen Länder entlang der Migrationsrouten und namentlich die südeuropäischen Mittelmeerränderstaaten zu unterstützen. Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Demokratische Allianz (ECDA) beantragte aus politischen Gründen, den Bericht an die Kommission zurückzuweisen, was von der Versammlung abgelehnt wurde. Die PVER nahm den Bericht und die den Bericht begleitende [Resolution 2595](#) in der Folge an, lehnte aber eine entsprechende Empfehlung an das Ministerkomitee ab, was nur sehr selten vorkommt.

In der Debatte über den Bericht ergriff auch Nationalrätin [Sibel Arslan](#) (Grüne, BS) das Wort. Sie hielt fest, dass kollektive Ausweisungen von Menschen nicht nur moralisch fragwürdig, sondern ganz klar auch rechtswidrig sind, und die Mitgliedstaaten als Rechtsstaaten die Pflicht haben, die Menschenrechte der Migrantinnen und Migranten zu wahren. Nationalrätin [Valérie Piller Carrard](#) meldete sich ebenfalls zu Wort und wies auf das Schicksal der migrierenden Kinder hin, namentlich jener, die von ihren Eltern getrennt werden. Sie zeigte sich besorgt über die zunehmende Diskrepanz zwischen dem geltenden Völkerrecht und der Praxis der Mitgliedstaaten, namentlich gegenüber Minderjährigen.

Im Jahr 2017 hatte die PVER eine [unabhängige Gruppe zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen in der Versammlung eingesetzt](#). In der Teilsession verabschiedete sie nun die [Resolution 2596](#), die vorsieht, die Ethikkodizes der Fraktionen regelmässig daraufhin zu überprüfen, ob sie den aktuellen Herausforderungen, Ansprüchen und Normen Genüge tun. Nationalrat [Alfred Heer](#) bezeichnete es als wichtig, die Korruption in der Institution zu bekämpfen, und wies auf den Schaden hin, den der Fall Aserbaidschan verursacht hatte ([Resolution 2279](#) [2019]). Er bedauerte, dass die nationalen Parlamente die Arbeiten der PVER in diesem Bereich nicht aufmerksamer verfolgen. Die Versammlung rief dazu auf, mehr für den Aufbau einer Ethikkultur zu tun.

In der freien Debatte äusserte Nationalrat [Pierre-Alain Fridez](#) die Ansicht, dass der Meldung der Interessenbindung mehr Beachtung geschenkt werden muss, um die Neutralität der Versammlung, namentlich bei Wahlbeobachtungen und Länderberichten zu gewährleisten.

3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung

- [Xavier Espot Zamora](#), Regierungschef des Fürstentums Andorra
- [Alain Berset](#), Generalsekretär des Europarates
- [Xavier Bettel](#), luxemburgischer Minister für auswärtige Angelegenheiten und Aussenhandel
- Der [Grossherzog von Luxemburg](#)

4. Wahl von Richterinnen und Richtern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)

Die PVER wählte [Sébastien Biancheri](#) zum Richter am EGMR im Namen von Monaco.

5. Besondere Anlässe

Am Rande der Teilsession fanden die folgenden besonderen Anlässe statt:

Treffen der ehemaligen Präsidentinnen und Präsidenten der PVER

Am Montag, 7. April, sprachen mehrere ehemaligen Präsidentinnen und Präsidenten der parlamentarischen Versammlung in einer Serie von [Interviews](#) über die grössten Herausforderungen ihrer Amtszeit. Die PVER-Präsidentin von 2018 bis 2020, alt Ständerätin [Liliane Maury-Pasquier](#), nahm an diesem [Treffen](#) teil.

Museumspreis des Europarates 2025

Am ersten Tag der Frühjahrssession wurde der [Museumspreis des Europarates 2025](#) an das Euskararen Etxea, das Haus der baskischen Sprache in Bilbao (Spanien), überreicht. Mit diesem Preis werden Museen geehrt, die einen bedeutenden Beitrag zum Wissen um das europäische Kulturerbe leisten.

Internationaler Tag der Roma

Anlässlich des Internationalen Tages der Roma fand am Dienstag, 8. April, auf der «Passerelle de l'Aubépine» in Strassburg eine [Blumenzeremonie](#) statt, mit der die Identität, die Widerstandsfähigkeit und das kulturelle Erbe der Roma gewürdigt wurden.

Besucherguppen aus der Schweiz

Verschiedene Gruppen aus der Schweiz besuchten während der PVER-Frühjahrs-session den Europarat, verfolgten die Debatten der Versammlung und konnten sich mit Mitgliedern der ERD unterhalten.

- Hauptsächlich aus der Ukraine stammende Flüchtlinge, die am Institut für französische Sprache und Kultur der Universität Neuenburg studieren, hatten Gelegenheit, die Mitglieder der Schweizer Delegation zu treffen und ihnen Fragen zu stellen. Diese betrafen in erster Linie die Massnahmen der PVER angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und den Stellenwert der Schweiz in einer solchen Institution. Zuvor hatte die Gruppe bereits einen kurzen Austausch mit dem Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, gehabt.
- Ebenfalls zu Besuch im Europarat waren Mitglieder der Gruppe «Mitte 60+Schweiz», unter der Leitung der ehemaligen Nationalrätin Ida Glanzmann. Auch sie kamen mit mehreren Mitgliedern der Schweizer Delegation zusammen.

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



ERD

Sekretariat der Schweizer Parlamentarierdelegation
bei der Parlamentarische Versammlung des Europarates
CH-3003 Bern
erd.dce@parl.admin.ch
parl.ch

15. April 2025